

Denkschrift Reichstag.

10. Sitzung vom 6. Februar, mittags 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Fürst Sodenlohe, Dr. von Voigtler.

Der schließliche Antrag der Abg. Marx und Genossen wegen Einleitung des gegen den Abg. Schmidt-Franzfort bei dem Reichsgericht wegen Verbrechen schwebenden Strafverfahrens wird beibehalten angenommen.

Dieses Haus geht heute über zur Beratung der Interpellation der Abg. Dr. Hise und Dr. Lieber-Montabaur betr. die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und Errichtung von Arbeiterkammern:

Welche gesetzliche Bestimmungen sind in Ausführung der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 - über die Formen - in Aussicht genommen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung beauftragt werden?

Darf insbesondere die Vorlage eines Gesetzentwurfs, betr. die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und die Errichtung einer allgemeinen Vertretung der Arbeiter (Arbeiterkammern) auch gegenüber den Staatsbehörden baldigt erwartet werden?

Da sich Reichsminister Fürst Sodenlohe zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit erklärt, erhält zu ihrer Begründung das Wort:

Abg. Dr. Hise (Wrt.): In die vom Kaiser herrührende Arbeiterkammergesetzliche Bestimmungen, die sich auch zum Teil erfüllt haben. Auf dem Gebiete des Arbeiterrechts ist viel geschehen. Die Centralisation hat fremde daran mitgearbeitet; sowohl die Kranken- als die Unfallversicherung ist mit der Unterstützung des Centrums zustande gekommen; nur die Invaliditätsversicherung ist aus organischen Gründen von uns abgelehnt worden. An der Ausführung des Arbeiterrechts aber haben wir mitgearbeitet. Wir sind auf die deutsche Arbeiterbewegung eingetreten, aber ist eine gewisse Erhaltung des sozialpolitischen Elends eingetreten. Wir behaupten das um so mehr angesichts der Unfallvorsorge, über welche vielfach im Lande der Glaube verbreitet ist, daß sie darauf hinauszieht, die Arbeiter zum Tode zu machen. Wir wollen nicht Takt machen und den anderen Abgeordneten, die von dem kaiserlichen Erlasse von 1890, und auch der Reichsminister hat sich ja in seiner programmatischen Erklärung abfällig geäußert. Aber wir möchten, daß nun den Worten die That folgen. Heute möchte ich Ihre Aufmerksamkeit nur auf den Basiss der Reichsliste von 1890 richten, auf den sich unsere Interpellation bezieht. Organische Bestimmungen, wie wir sie in Aussicht gestellt. Wir wollen den Maßnahmen der Regierung nicht vorgreifen; nur um auszuwirken, was wir uns die Sache denken, haben wir den zweiten Satz unserer Interpellation formuliert. Unsere bisherigen sozialen Gesetze betreffen die Arbeiter nicht, wir müssen auch daran wünschen, daß die Arbeiter durch Organisationen in den Stand zur Selbsthilfe versetzt werden und sich dem Staate erweisen. Ein berechtigtes Ziel für diese Organisationen ist auch die Verengung der Willkür und Wahlen der Arbeiter, die Schritte für den Arbeiter bei unverschämter Arbeitslosigkeit. Da wir noch zurückzuführen vor der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, müssen wir uns nicht mehr den Arbeitern auf diesem Gebiete gegenüber zu zeigen. Diese Organisationen müssen rechtlich abgesichert werden und unabhängig bleiben von der Landesverwaltung und der diskretionären Bewilligung durch die Landesbehörden. Nichts ist so bestialisch und blutig so sehr zur Förderung des Arbeitens als die politische Arbeit. Wir können auch den Arbeitern nicht das Recht abspornen, sich zu organischen Organisationen zu vereinigen. Wir können nicht sagen, daß wir nicht die Arbeiter zu mehr freien Arbeit schaffen als die Pflicht bestehen, das Arbeitsgesetz zu verändern. Sollte diese Ansicht bestehen, so dürfen berechtigte Agitationen nicht darunter leiden. Auch die Wahrung der Rechte der Sozialpolitik. Wir sollen wir der Sozialdemokratie bekommen, wenn wir nicht aus den Arbeitern selbst eine Gegenorganisation schaffen? Nun sage viele, die Arbeiter werden besser zu werden, sie seien unerschütterlich, wenn sie sich jetzt nicht befechtigt fühlen. Aber wenn das auch bis zu einer gewissen Grenze richtig ist, so muß man doch den Arbeitern nachsehen, wenn sie das Selbstbestimmungsrecht, Freiheit zur Selbsthilfe verlangen. Ich gehe auch die Forderung nicht auf, daß es die Arbeitgeber sein, die den Arbeitern zu schenken. Erste Bedingung aber besteht in, daß die Arbeiter das Bewußtsein bekommen, daß sie das Recht der Selbstbestimmung haben. Die Forderung, daß die Sozialdemokratie sich der Berufsvereine bemächtigen werde, heißt nicht, daß die Sozialdemokratie sich in der nicht, daß die Arbeiter die Angelegenheiten der Unklarheit der heutigen Organisationsfähigkeit ist das, daß, wenn heute eine Streik eintritt, die Organe für den Ausgleich fehlen. Die Arbeiterkammern könnten sich auch auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises, der Arbeiterwohnungen, der Beschäftigung von Arbeitlosen nützlich machen und überhaupt das Wohlstand der Arbeiter der Arbeiter werden. Ich weiß, die Kommune wird nicht, an wen sie sich zu wenden hat, um deren Hilfe zu erfahren. Was die innere Organisation der Arbeiterkammern betrifft, so wird es notwendig sein, aus den einzelnen Fabriken obligatorische Arbeiter-Ausschüsse zu wählen; denn auf diesem Wege wird es möglich sein, sich über die Wünsche der Arbeiter zu informieren. Bezüglich der Kompetenz der Arbeiterkammern nehme ich an, daß ihnen zunächst nur Gutachten, statische Entscheidungen z. übertragen werden. Wir leben in einer schweren Zeit der wirtschaftlichen Krankheit. Sie müssen mit dem Selbstbewußtsein der Arbeiter rechnen, denn wir haben es mit modernen Menschen zu tun. Das Symptom der sozialen Krankheit ist die Sozialdemokratie. Ein Mittel, sie zu bekämpfen, erblicke ich in den Arbeiterkammern.

Reichsminister Fürst Sodenlohe: Die allgemeine Stellung des Bundesrates zu der Interpellation ist aus den früheren Verhandlungen des Reichstages über diese Frage bekannt. Eine generelle Vertagung über diese Frage im Bundesrat hat noch nicht stattgefunden. Es besteht insofern bei dem kaiserlichen Reichstag, über deren Ausfüllung allen Umständen gegeben werden kann, kein Zweifel, daß es die Aufgabe ist, das Programm, welches der Erlaß Nr. 1000 des Kaisers vom 4. Februar 1890 ausgeht, bei der Durchführung zu bringen. Eine Beantwortung der Frage, ob baldigt die Vorlage eines Gesetzentwurfs im Sinne des zweiten Teiles der Interpellation erwartet werden kann, ist zur Zeit nicht möglich, weil die in dieser Beziehung unternehmenden Vorarbeiten zu einem endgültigen Resultat nicht geführt sind.

Das Haus tritt in die Verhandlung der Interpellation ein. Abg. Müller (nl.): Der Herr Antwoortler hat zunächst von der Kranken- und Unfallversicherung gesprochen und dabei gemeint, die Krankenkassen bedürften, weil sie noch nicht angeleitet, für die Verwirklichung des Bedürfnisses nach der Ergänzungsversicherung. Aber Herr Hise hat doch betont, daß die Arbeiter in der allgemeinen Regel leiden, daß es Gesetz vorliege. Demnach ist der Mangel des Krankenversicherungsweises, den Herr Hise als vorhanden anlob, kann ich nicht anerkennen. Herr Hise regte ferner die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit an. Ich will diese Frage nicht verneinen. Aber ich meine doch, wir sind

in der Arbeiterversicherung bereits so weit vorgegangen, daß wir vorkünftig nicht auf weiter gehen können, daß wir froh sein können, wenn alle anderen Staaten ebenfalls das erreicht haben werden, was erreicht haben. Der größte Teil meiner politischen Freunde der Arbeit, daß die Arbeiter in der Gesetzgebung der Arbeiterbewegung nicht zu denken ist. Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit wird überhaupt nur möglich sein in dem engen isolierten und kommunalen Rahmen und gegen vererbliche Arbeitslosigkeit, wie sie in bestimmten Arbeitsstätten mit Regelmäßigkeit wiederkehrt. In den Arbeitsnachweisen ist in auch von der Sozialdemokratie nur die politische Arbeit angeht. In Zukunft ist die Arbeitsnachweise in Händen haben wird, der wird auch die politische Arbeit haben. Deshalb bin ich auch Gegner dieser Organisationen, wofen dieselben nicht völlig von politischen Zwecken und Agitationen losgelöst werden. Ich habe die feste Überzeugung, daß der Geist der Arbeiterbewegung, der bisher die große Mehrzahl der Industriellen befehlt hat, auch weiterhin zu finden sein und zur Schaffung weiterer Arbeitsverhältnisse für die Arbeiter führen wird. Eine Arbeitervertretung, wie Abg. Dr. Hise sie will, halte ich für ein Unlügen, denn die Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter sind dieselben. Durch die Durchführung der Vorläufige des Abg. Dr. Hise würde das Bewußtsein der Arbeiter, die Arbeiterbewegung hat und vor weiteren Arbeit zu finden sein und die Arbeiter nicht selbst überlassen. Eine gebildete Arbeitervertretung führt über kurz oder lang zum Terrorismus und zur Sozialdemokratie, wie das die Zustände in England beweisen, wo die ganze Arbeiterorganisation unter dem Einflusse des Herrn Burns steht. Wir haben auch bei uns schon sehr schlimme Erfahrungen gemacht, aber es ist vieles besser geworden. Das Bewußtsein, das viel verurteilte Stück, die Arbeiter, welches die Zustände in den verläufigen Jahren schließt. Die Gewerkschaften, zunächst bestimmt zur Lösung wirtschaftlicher Fragen, haben sich mit der Zeit mehr um politische Fragen geäußert, und ich kann mir daher von der Einführung der Arbeiter-Gewerkschaften nichts Gutes vorstellen. Unsere Industrie ist auch schon so kriegs, daß eine erneute Belastung kaum mehr ertragen kann. Ich bin ganz bereit, vorwärts zu marschieren, aber nicht ins Ungemessene und anderen Staaten so schnell voraus, daß sie uns nicht folgen können. Das, was der Erlaß von 1890 verprochen hat, ist auch zum größten Teile bereits erfüllt. Ich weise auch auf die Art hin, wie die Arbeiter vor dem Gewerkschaften werden, nicht nachlässig, sondern politische Gesichtspunkte sind da mahnend. Nachdem die Gewerkschaften bereits existieren, sollte man sich doch bemühen, hier noch weiter zu gehen. Ich erlaube an, daß die Organisation der verschiedenen Städte dazu führen kann, auch die Vertretung der Arbeiter in diese Organisationen mit hineinzuziehen. Aber nicht die Arbeiter, die Organisationen nur bilden, wenn sie gemeinsam mit den Arbeitgebern stattfinden. Diese Erfahrung hat man auch in Österreich gemacht. In Deutschland haben die Arbeitervereine eine eigenartige nennenswerte Bedeutung nicht erreicht, und wir haben keine Veranlassung zu glauben oder zu fürchten, daß das künftig der Fall sein wird. Seiten wir vorkünftig mit jeder Erweiterung unserer Arbeiterbewegung der Sozialdemokratie entgegen treten. Was die der Industrie aufzulegen, legen Sie auf die Dauer den Arbeitern selbst auf. Fragen wir nicht theoretischen Problemen nach, sondern suchen wir praktisch, so weit es geht, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Die große Mehrzahl der Industrie hat dazu beigetragen, die Lage und die Lebenshaltung der Arbeiter erheblich zu heben. Hoffentlich wird es auch in Zukunft möglich sein, die Arbeiter zu Gunsten des Sozialismus in den Weg zu lenken. (Beifall.)

Abg. Fischer (Soz.): Ich glaube, es gibt in der Volkshaus von 1890 noch viel wichtiger Punkte, die die Arbeiter mehr interessieren, als die Frage der Arbeitervertretung. Darum kann es eigentlich bedauerlich nehmen, daß der Abg. Dr. Hise gerade diese Punkte zum Gegenstand seiner Interpellation gemacht hat. Nach den Erklärungen des Reichsministers wird niemand große Hoffnungen auf die Erfüllung des Programmes der Volkshaus haben, man ist ja noch nicht einmal über die Vorarbeiten in den fünf Jahren hinweggekommen. Was übrigens den Umstand anlangt, daß gerade das Centrum diese Interpellation eingebracht hat, so glaube ich, daß diese Tatsache keine Stellung zur Interpellation zu machen will, diese Vorlage, die die Unterwerfung der Regierung unter die Interessen des Kapitalismus bedeutet. Ich wiederhole aber, weshalb hat das Centrum nicht ganz andere, wichtigere Punkte aus der Volkshaus herausgehoben und zum Gegenstand einer Interpellation gemacht, z. B. den Sozialvertragsvertrag? Das, was der jetzige Arbeiterbewegung gegenüber, ist nicht die wichtigste Angelegenheit der Arbeiter, die die Arbeiterbewegung interessiert. Ich halte es für heute völlig bedeutungslos, sie hat nichts geleistet. Nach 1892 gibt es in Belgien Fabriken, wo Kinder 12-14 Stunden für einen Tagelohn von 12-14 Pfennig arbeiten mußten! (Hört! hört!) Die Forderungen nach Berufsvereinen unterliegen wohl, wenn wir uns nicht viel davon besprechen. Ueberhaupt ist es nicht die Aufgabe der Arbeiterbewegung, die Arbeiterbewegung zu berichten, wenn Sie uns nur die volle Koalitionsfreiheit sichern. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Der Abg. Hise meinte, wir hätten wohl aus Furcht vor den Arbeiterausschüssen gegen ihre Einrichtung gestimmt. Nein Furcht haben wir nicht, wir wollen nur Garantien dafür, daß die Arbeiterausschüsse auch ihre Aufgabe erfüllen. Was sollen wir mit Arbeitgebern tun, die sich nicht der Arbeiterbewegung gegenüber gestellt sind? In der Eigenen eigenen Arbeiterbewegung ist denn ich auch ein Arbeiterausschuss geschieden, man hat ihm aber auch Vollmacht und Budget gegeben; eine der wichtigsten Bestimmungen ist dort, daß ein Mitglied eines Arbeiterausschusses während der Dauer seines Amtes nicht aus der Arbeit entlassen werden darf. Ferner geht dort, daß kein Arbeitnehmer in dem Arbeiterausschuss sitzen darf. Wie aber steht es mit dem Arbeiterausschüssen? Vor einigen Jahren konnte man noch glauben, daß die schöne Lebensart vom sozialen Königreich greifbare Gestalt annehmen würde. Und heute? Minister v. Bülow, der so allen Kurven mit der gleichen Ueberzeugung gedient hat, hat uns ja am 6. Januar bereits gesagt, wie die Regierung in der Frage der Arbeiterkammern sich verhalten wird. Die Einrichtung der Arbeiterkammern ist, es ganz anders als heute. Der gute Wille des Einzelnen vermag eben nichts zu leisten. Der Gewalt der wirtschaftlichen Entwicklung, daher jetzt der neue Kurs, dieses mit Willkomm zurück! Der Staat kann heute nur sein ein König der Armen, der Arbeiter, aber ein König der Reichen, der Kapitalisten; das soziale Königreich hat sich zum Glück des Sozialismus. Was hat denn die Regierung in den letzten 5 Jahren gegen die Ausführung der Sozialreform? MitarbeiterInnen sollten die Staatsverpflichtungen werden! Ja, MitarbeiterInnen sind sie für die Ausübung und kapitalistische Streitung. Am 29. Nov. v. J. wurde auf dem Hauptbahnhof in Göttingen 50 Arbeiter gefesselt und zwar durch den Vorstehenden des Sozialismus, der Teil werden, die im Dienste inwalde geworden sind (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten. Wie wollen Sie von den Privatunternehmern Achtung und Compasie für die Arbeiterbewegung verlangen, wenn sogar im kaiserlichen Schloß am Hof und in die Büste gearbeitet wird? Aus der Rede des Abg. Müller kann nicht als Mangel an Ehrlichkeit und Schamlosigkeit des Unternehmers. Die Arbeiterbewegung, die jetzt durch die Unternehmer eingeleitet wird, dienen nur den Interessen der Unternehmer. Wie darf Abg. Müller den wirtschaftlichen Arbeiterbewegungen politische Kurie vor-

werfen, er, der seine Wohl zum Reichstage vor schamlosem Parteigetriebe zu danken hat (Große Lärme), so daß diese Wohl fastri werden müßte! (Beifall) Der Herr Minister hat den Sozialdemokraten in der Beratung der Vorarbeiten der Sozialisten, leben wir deutlich, wie die deutsche Reichsversammlung Sozialreform treibt. Das hier Redezeit eintritt, wo die Sozialisten von Ehe und Familie bedroht werden, dafür sollte das Centrum stehen, statt in der Umzugskommission die lex Seine wieder aufzukleben. Der bekannte Erlaß wegen der Arbeiterbewegung im Reichstag zu Berlin zeigt, in welchem Maße die Behörden mit ihren Untergehenden sprechen. Wie die Sozialreform durchgeführt werden, geht daraus hervor, daß die Sozialdemokraten aus den Verhältnissen anzuhängen wollen. Freilich gelingen wird ihnen das nicht - Sie können unsere Partei ja nicht einmal aus dem kaiserlichen Schloß ausschließen! Sie führen die Sozialreform aus, indem Sie, wie es in der Generalversammlung der Reichsversammlung gesehen ist, Tausende von Arbeitgebern vernichten, indem Sie aus fatalistischen Rücksichten Arbeiter entlassen und drohen machen, indem Sie die Arbeiterkammern vernichten wollen, was ja der Zweck der Umzugsvorlage ist. Heute sind Müller, Köller und Strum die, deren Grundzüge der Umzugsvorlage sind. Mit solcher Politik machen Sie nur für uns Propaganda, indem Sie auch dem Arbeiter die Augen öffnen.

Minister Fürst v. Sodenlohe: Die Rede des Vorredners soll nur die Arbeiterkammern außerhalb des Hauses von neuem aufleiten. Weiter hat sie keinen Zweck. Auf einen Punkt muß ich aber noch zurückkommen. Er hat gesagt, daß in den Sozialreform bei Sozialisten aus fatalistischen Rücksichten zahlreiche Arbeiterentlassungen vorgenommen seien. Auf ich nicht der Fall. Wenn zwischen Arbeitgebern und Arbeitern Streitigkeiten vorkommen, so kommen dieselben zum größten Teil von der sozialdemokratischen Agitation her. (Beifall rechts, Lachen links.) Wenn seit 1890 eine Veränderung in der sozialpolitischen Gesetzgebung eingetreten ist, so kommt das daher, daß jede nur in wohlgeleitete Maßregel auf Gunsten der Arbeiter von der sozialdemokratischen Agitation mißbraucht und vergrößert wurde. Darum muß der Staat bei allen solchen für die Arbeiter geplanten Maßnahmen genau darauf achten, ob sie nicht wiederum die sozialdemokratische Agitation fördern. Also nicht, weil die Regierung die sozialdemokratische Agitation hier gelöst ist, kommt die Unternehmerrückwärts, sondern nur aus dem eben angeführten Grunde geschah die Veränderung.

Abg. v. Kardorf (nl.): Das Königreich hat die Pflicht, allen Klassen gerecht zu werden, dem Staatlichen und dem Arbeiter, und daher sind die sozialdemokratischen Forderungen unerfüllbar. Ich will jetzt keine Organisationen haben, welche nur dazu bestimmt sind, um einen Schritt zu erleichtern. Die Arbeiterausschüsse haben auch nur, statt den Frieden zu fördern, den Krieg gebracht. Im Ganzen stimme ich mit dem Abg. Köller überein. Die sozialpolitischen Kassen binden unsere Industrie und Landwirtschaft. Daher ist die Frage einer internationalen Konferenz wohl zu erwägen. Der sozialpolitischen Verengung die wir bisher gemacht haben, würde ich nicht zurücktreten, wenn ich geküßt hätte, wie die Dinge gekommen wären. Der ganzen damaligen sozialpolitischen Gesetzgebung würde ich nicht zugestimmt haben, wenn ich geküßt hätte, daß das Sozialistengesetz aufgehoben würde. Das Umzugsgesetz ist zu schwach, um gegen die Sozialdemokratie zu wirken.

Darüber verortet das Haus die weitere Verhandlung auf Donnerstag 14 U.

Brennlicher Landtag.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 6. Februar, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat der Provinzverwaltung. Landwirtschaftsminister Herr v. Hammerstein gibt einige Angaben über die Beforschung von Obedanereien und über den Bestand von Obedanereien, der 1893 in 3,900 Hektar betragen habe. 1895 habe ein Zugang von 6016 Hektar stattgefunden. Der Bestand an Privatforsten habe 8,557,000, der Staatsforsten 2,284,000 Hektar im Jahre 1893 betragen. In den höchsten Provinzen seien die Privatforsten meistens zurückgegangen, während in den Staatsforsten meistens zugenommen haben. Einziges in diesem Hinsicht keine bemerkt gewesen, nach Möglichkeit Obedanereien aufzuforsten.

Abg. Krause-Waldenburg (st) befragt sich darüber, daß die Forstbesitzer 10 Jahre später zur Anmeldeung gelangen, als die Forstbesitzer, obwohl in der Bildungsgang jener größere Ansprüche geltend gemacht werden.

Abg. v. Oberstiller bemerkt, daß die Forstbesitzer 10 Jahre später zur Anmeldeung gelangen, als die Forstbesitzer, obwohl in der Bildungsgang jener größere Ansprüche geltend gemacht werden.

Landwirtschaftsminister Donner zu der ersten Beantwortung des Abg. Krause, daß keine Veranlassung vorliege, mit dem bewährten Besitzergewinn eine Veränderung vorzunehmen.

Abg. Herr v. Cessa (nl) meint, daß in den bisherigen Abkommensverträgen keine Ungerechtigkeiten vorläge, da ja die Forstbesitzer beim Eintritt wissen, wann sie zur Anmeldeung gelangen.

Abg. Dr. Waacke (nl) hebt hervor, daß, wie aus verschiedenen an ihn gelangten Briefen hervorgehe, die Forstbesitzer sehr erbittert und unzufrieden seien.

Bei dem Titel „Forstbesitzer“ blüht Abg. v. Wösch um eine Aufhebung dieser Beamten, die keine und lokale Interessen seien, und sich von Umzugsverhältnissen fern halten.

Landwirtschaftsminister Herr v. Hammerstein: Alle Beamten sind loyal. Einzelne Beamtenkategorien kann man nicht für eine Verordnungsverletzung bezeichnen. Die Regierung steht aber dieser Frage wohlwollend gegenüber.

Abg. Schreiber (freil) tritt ebenfalls für eine Aufhebung der Forstbesitzer ein und spricht seine Freude über das Wohlwollen des Landwirtschaftsministers aus.

Geb. Nath Becker: Aus dem Wohlwollen des Ministers bitte ich noch nicht den Schritt zu ziehen, daß man im nächsten Jahre bestimmt eine Aufhebung der Beamten einleiten werde. (Beifall.) Man müsse die Finanzlage berücksichtigen.

Abg. Dr. Götze (nl) meint, daß die Minister die Sozialpolitik der letzten Bestimmungen genügen in seiner Weise.

Landwirtschaftsminister Herr v. Hammerstein bemerkt auf die Bildung von Waldgenossenschaften, wie sie mit gutem Erfolge in Hannover betrieben. Die Staatsverwaltung werde sich aber bemühen, ein Gesetz zu schaffen, wonach der Privatbesitzer auch gegen seine Willkür bei der Auffassung gezwungen werden könne. In Frankreich habe diese Ermächtigung der Regierung günstige Folgen gehabt. (Beifall) (Beifall.)

Abg. Mooren (nl) hebt auf die Rede hin auf die Stellung der Wälder in monarchischer Zeit zurück. Der Wald heute beise aber ist ruinlich.

Der Titel wird beifällig, ebenso der Rest des Redeforts, für die Wälder des Reichsministerbüros, Erlaß aus Reichstagen von Domänenbesitzern und aus dem Verleane von Domänen und Fortgrundbesitzern, der Etat des Ministeriums des Reichsministerbüros. Beim Etat der Landesverwaltung wünscht Abg. Dr. Schmidt (nl) die Hebung einer Reichsforsterei. Zu Preußen ist wohl der wunderliche Handel mit Forstbesitzern beifällig. Die Zahl der Reichsministerlichen Beamten nimmt immer mehr zu. Der Etat wird beifällig. Beim Etat der Landesverwaltung bemerkt Abg. v. Wösch (nl), daß die Verhandlung von ihrem



Berechnen, landwirtschaftliche Genossenschaften mit Kredit zu versehen, die Zersplittertheit nicht genügend in Kenntnis gesetzt haben. Diese Zersplittertheit ist einer dauernden Einrichtung nach. Die Zersplittertheit ist eine dauernde Einrichtung nach. Die Zersplittertheit ist eine dauernde Einrichtung nach.

schon länger als 10 Minuten geflossen waren und der betr. Zug nicht anfangen, wurden die Schornsteine geöffnet, wobei die Gefahr der Explosion nicht zu unterschätzen ist. Es ist zu hoffen, dass die Zersplittertheit eine dauernde Einrichtung nach ist.

Berliner Börse vom 6. Februar. (Ergänzung zu den Notierungen im gestr. Abendblatt.) Deutsche Fonds- u. Staatspap. Russische Anleihen, Preussische Anleihen, etc.

Provinzial-Verordnungen. \* Weichensack, 6. Febr. (Abordnung.) - Steuerplan. Heute ist eine aus zwei hiesigen Vertretern und dem Bürgermeister bestehende Deputation nach Berlin geehrt.

Verleihen. \* Sangerhausen, 6. Febr. (Verloren.) Auf der Gasse zwischen G. und hier hat am Montag nachmittags zwischen 7 Uhr der Diebstahl eines Briefkastens mit 372 M. Inhalt verlohren.

Bank-Aktion. A.G. F. Antifer, Archimedes, Bauges. Berl. Charlitz, etc. Industrie-Aktion. A.G. F. Antifer, Archimedes, Bauges. Berl. Charlitz, etc.

Verleihen. \* Weichensack, 6. Febr. (Kommunalsteuerreform.) In der gestrigen Endberathung berichtigte die mit der Vorbereitung der Kommunalsteuerreform beauftragte Kommission über die der Bestimmung zugegangene Magistrats-Vorlage.

Verleihen. \* Sangerhausen, 6. Febr. (Verloren.) Auf der Gasse zwischen G. und hier hat am Montag nachmittags zwischen 7 Uhr der Diebstahl eines Briefkastens mit 372 M. Inhalt verlohren.

Deutsche Eisenh.-St.-Prior. Breslau-Warshau, Dortmund-Gronau, Ostpreuss.-Silesien, etc.

Verleihen. \* Weichensack, 6. Febr. (Kommunalsteuerreform.) In der gestrigen Endberathung berichtigte die mit der Vorbereitung der Kommunalsteuerreform beauftragte Kommission über die der Bestimmung zugegangene Magistrats-Vorlage.

Verleihen. \* Sangerhausen, 6. Febr. (Verloren.) Auf der Gasse zwischen G. und hier hat am Montag nachmittags zwischen 7 Uhr der Diebstahl eines Briefkastens mit 372 M. Inhalt verlohren.

Deutsche Eisenh.-Prior. Breslau-Warshau, Dortmund-Gronau, Ostpreuss.-Silesien, etc.

Verleihen. \* Weichensack, 6. Febr. (Kommunalsteuerreform.) In der gestrigen Endberathung berichtigte die mit der Vorbereitung der Kommunalsteuerreform beauftragte Kommission über die der Bestimmung zugegangene Magistrats-Vorlage.

Verleihen. \* Sangerhausen, 6. Febr. (Verloren.) Auf der Gasse zwischen G. und hier hat am Montag nachmittags zwischen 7 Uhr der Diebstahl eines Briefkastens mit 372 M. Inhalt verlohren.

Leipzig. Schen. Rent.-Anl., Schen. Rent.-Anl., Schen. Rent.-Anl., etc.

Verleihen. \* Weichensack, 6. Febr. (Kommunalsteuerreform.) In der gestrigen Endberathung berichtigte die mit der Vorbereitung der Kommunalsteuerreform beauftragte Kommission über die der Bestimmung zugegangene Magistrats-Vorlage.

Verleihen. \* Sangerhausen, 6. Febr. (Verloren.) Auf der Gasse zwischen G. und hier hat am Montag nachmittags zwischen 7 Uhr der Diebstahl eines Briefkastens mit 372 M. Inhalt verlohren.

Leipzig. Schen. Rent.-Anl., Schen. Rent.-Anl., Schen. Rent.-Anl., etc.

Verleihen. \* Weichensack, 6. Febr. (Kommunalsteuerreform.) In der gestrigen Endberathung berichtigte die mit der Vorbereitung der Kommunalsteuerreform beauftragte Kommission über die der Bestimmung zugegangene Magistrats-Vorlage.

Verleihen. \* Sangerhausen, 6. Febr. (Verloren.) Auf der Gasse zwischen G. und hier hat am Montag nachmittags zwischen 7 Uhr der Diebstahl eines Briefkastens mit 372 M. Inhalt verlohren.

Leipzig. Schen. Rent.-Anl., Schen. Rent.-Anl., Schen. Rent.-Anl., etc.